



Freie Demokraten



FDP-FRAKTION REGION HANNOVER
HILDESHEIMER STRASSE 20
30169 HANNOVER
TEL.: (0511) 616-22196
FAX: (0511)-616-22493
MAIL: FDP@REGIONSVERSAMMLUNG.DE
FACEBOOK: @FDPFRAKTIONREGIONHANNOVER
TWITTER: @FDPREGION

NEWSLETTER 1/2020

März/April 2020

Sehr geehrte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der FDP in der Region Hannover, sehr geehrte Damen und Herren,

in der aktuellen Ausnahmesituation aufgrund der Corona-Krise erleben wir derzeit eine Vielzahl an deutlichen Veränderungen im alltäglichen Leben, im Beruf sowie in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. - Die FDP-Fraktion Region Hannover ist für Sie in diesen Zeiten jederzeit ansprechbar, und auch die Fraktionsgeschäftsstelle ist im Home-Office unter den Kontaktdaten der FDP-Fraktion Region Hannover erreichbar.



Mit unserem Newsletter möchten wir Sie über die wesentlichen Schwerpunkte der politischen Arbeit der FDP-Fraktion Region Hannover im ersten Quartal 2020, behandelte Themen in der Regionsversammlung am 03.03.2020 und die letzte Informations- und Diskussionsveranstaltung der FDP-Fraktion Region Hannover zum Thema „Zukunft des ÖPNV - Nahverkehrsplan 2020 in der Region Hannover“ am 20.02.2020 informieren.

Bei Fragen, Anregungen und Kritik stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!
Bleiben Sie gesund! - Mit herzlichen Grüßen

Ihre Christiane Hinze
Fraktionsvorsitzende

++Newsticker+++Newsticker++Newsticker+++Newsticker++Newsticker+++

Aktuelle Neuigkeiten aus der Sitzung der Regionsversammlung am 03.03.2020:

- Der FDP-Regionsabgeordnete Gerhard Kier aus Hannover wurde einstimmig für weitere fünf Jahre zur Wahl zum ehrenamtlichen Richter am Sozialgericht Hannover vorgeschlagen.
- Die Fuhrparks der regiobus GmbH und der üstra AG werden bei einem Gesamtvolumen in Höhe von 1,16 Mio. € mit Abbiegeassistenzsystemen ausgestattet, womit eine Forderung der FDP-Regionsfraktion erfüllt wurde.
- In 2020 wird das Wohnraumförderprogramm der Region Hannover überarbeitet. Es sollen differenzierte und attraktive Finanzierungsperspektiven für Investorinnen und Investoren und die regionsangehörigen Städte und Gemeinden geschaffen werden.

„Corona-Krise“: Die FDP-Regionsfraktion setzt sich für den besten Gesundheitsschutz in der Region Hannover ein:

**CHRISTIANE
HINZE**

**CORONA-KRISE
FÜR BESTEN
GESUNDHEITS-
SCHUTZ**



Die schnelle internationale Verbreitung des Corona-Virus erforderte es, dass schnellstmöglich umfassende, zielgerichtete und wirksame Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen für einen bestmöglichen Bevölkerungsschutz auch in unserer Region Hannover ergriffen werden mussten. Dies ist sehr schnell, umsichtig und unter Einbindung der Regionspolitik und aller weiteren Verantwortungsebenen geschehen. Auf Bundesebene hat die FDP das Installieren von wirksamen Schutzmaßnahmen aktiv unterstützt und diese mitgetragen. Genauso ist die FDP-Regionsfraktion dazu bereit, alle aus unserer Sicht wirksamen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz in der Region Hannover mit zu unterstützen.

Der Wirtschaftsplan der Klinikum Region Hannover (KRH) GmbH für 2020 ist aufgrund der zu treffenden Maßnahmen im Zeichen der Vorbereitungen zur Behandlung von Corona-Patienten nicht mehr aktuell. Wie überall bundesweit werden die Betten weitestgehend frei gehalten für Patientinnen und Patienten mit einem schweren Krankheitsverlauf von Corona. Für bereits eingepreiste Behandlungen und Operationen gemäß dem verabschiedeten Wirtschaftsplan ist nun aufgrund dieser notwendigen Vorbereitungen der Krankenhäuser mit gravierenden Ertragsrückgängen der KRH GmbH im laufenden Jahr zu rechnen.

Wir müssen eine Doppelstrategie fahren und einerseits für einen wirksamen Bevölkerungsschutz und bestmögliche Prävention sorgen und gleichzeitig mit höchster Sorgfalt und tagesaktuell neue Informationen zum Verlauf der Verbreitungswege und zum Verlauf der Krankheitsbilder des Corona-Virus umfassend analysieren. Hieraus resultierend werden die geeignetsten und wirksamen Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz abgeleitet und implementiert. Bei aller gravierenden Sorge angesichts der schnellen Verbreitung des Corona-Virus müssen wir aber auch Ruhe und Augenmaß behalten: Die Region Hannover mit dem Gesundheitsamt trägt in ihrem Zuständigkeitsbereich dafür Sorge, dem erhöhten Informationsbedarf aus der Bevölkerung gerecht zu werden. In Koordinierung mit dem Land und dem Landesgesundheitsamt müssen im engen Austausch und in Kooperation mit den Allgemeinärzten Informations-, Material- und weitere Unterstützungsbedarfe tagesaktuell ausgelotet werden. Wir erleben in diesen Tagen, dass jede dieser Institutionen und die Allgemein-Ärzte alles daransetzen, um ihren jeweiligen Aufgaben bestmöglich gerecht zu werden. Auch auf Regionsebene wird das Gesundheitsamt der Region Hannover kurzfristig, aber auch mittel- bis langfristig in Angriff zu nehmende Schutzmaßnahmen in den Fokus nehmen. Hierunter fallen vor allem Maßnahmen zum Etablieren eines wirksamen Impfschutzes und das Vermeiden von Medikamenten-Engpässen, die uns teils jetzt schon und sonst spätestens im Zuge der nächsten Grippe-Saison im Herbst/Winter 2020/2021 hart treffen könnten.

Auf internationaler Ebene muss ein aktueller Vorschlag aus den Reihen der Apotheker jetzt dringend auf die politische Agenda in Europa gesetzt werden: Es sollte wieder verstärkt eine Wirkstoff- und Arzneimittel-Produktion innerhalb der Europäischen Union angestrebt werden, um

nicht im Wesentlichen auf Lieferungen insbesondere aus China und Indien angewiesen zu sein. Außer Acht lassen dürfen wir beim Krisenmanagement ebenfalls nicht, dass wir aufgrund der internationalen Verbreitung des Corona-Virus' mit einem deutlichen konjunkturellen Einbruch bzw. einer Rezession zu rechnen haben. Um dieser Gefahr zu begegnen, sind auf Bundesebene zeitgerecht angemessene Mittel bereitgestellt worden, um insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu entlasten, die Konjunktur am Laufen zu halten und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern.

Hier gibt es aktuell aus Sicht der FDP-Regionsfraktion noch weiteren Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang verweist die FDP-Regionsfraktion auf einen Vorschlag der Bundes-FDP, die vorgeschlagen hat, bessere Abschreibungsmöglichkeiten zu prüfen. Ein weiterer wichtiger aktueller Vorschlag der FDP-Bundestagsfraktion ist, die Implementierung einer negativen Gewinnsteuer zu prüfen. Eine negative Gewinnsteuer soll insbesondere den kleinen und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, einen Verlustrücktrag vorzunehmen. Am Ende dieses Jahres könnte dann spitz abgerechnet werden. Dies würde den KMU zeitlich und finanziell den erforderlichen Spielraum verschaffen, jetzt in der Corona-Krise trotz Ertragseinbrüchen die weiter laufenden Betriebskosten stemmen zu können. Die Finanzämter sollten die Realisierung dieses Vorschlags schnell, unbürokratisch und korrekt ermöglichen können.

Die FDP-Fraktion wird auf der Ebene der Region Hannover weitere zu tragende Entscheidungen für zusätzliche Schutz- und Präventionsmaßnahmen der Bevölkerung mittragen! Mit welchen möglichen Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung in der Region Hannover wir rechnen müssen und wie wir damit umgehen, damit werden wir uns in den kommenden Wochen und Monaten in den politischen Gremien der Region Hannover regelmäßig und intensiv weiter befassen und Sie hierzu regelmäßig auf dem Laufenden halten.

Die FDP-Fraktion Region Hannover unterstützt Forderungen des Liberalen Mittelstandes (LIM) Niedersachsen in der Corona-Krise:



Die FDP-Regionsfraktion unterstützt eine Mittelstandsinitiative des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen (LIM) zur Stärkung einer Wirtschaft in Bedrohung von Rezession und Epidemie und begrüßt die Informations- und Unterstützungsangebote der Region Hannover mit ihrer Wirtschaftsförderung für durch die Corona-Krise in Schwierigkeiten geratene Unternehmen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Nagel, zugleich Mitglied im Vorstand der Liberalen Mittelstandsvereinigung (LIM) Niedersachsen, betont: „Unsere Wirtschaft profitiert sehr stark von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen. Sie sind das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolges in der sozialen Marktwirtschaft, der größte Arbeitgeber mit Regionalbezug sowie Unterstützer vieler sozialer Einrichtungen. Sie arbeiten zumeist leise, besonnen und verlässlich. Das bedeutet jedoch auch, dass die Gefahr in einer Rezession und infolge von Auswirkungen von Epidemien und Pandemien dort besonders starke Auswirkungen hervorrufen können.“

In diesen Tagen der Sorge und Beunruhigung der Wirtschaft durch das Corona-Virus und den davon ausgehenden Arbeitsbedingungen müssen Mittelständler erst recht Hilfe und Unterstützung bekommen, fordert Nagel. Es dürfe in keinem Fall eine - wenn auch nur geringe - zusätzliche Belastung aufkommen, die den Unternehmen eine Erschwerung der situativen Lage des wirtschaftlichen Abschwungs und der gesundheitlichen Ausnahmesituation der Mitarbeiter aufbürde. Der wirtschaftlich starke Mittelstand dürfe darunter nicht unzumutbar leiden oder gar zum Aufgeben gezwungen werden. Absagen von Veranstaltungen, Abnahmeverpflichtungen, die dementsprechend nicht eingehalten werden können, Beschaffungsausfälle von Produktionsgütern zur Weiterverarbeitung, Absatzschwierigkeiten durch Handelsausfälle, Personalausfälle durch Krankheit oder Quarantäne seien starke Herausforderungen für kleine mittelständische Unternehmen. Eine zusätzliche Verunsicherung wie die Arbeitsplatzbeschreibung und das Arbeitsplatzschutzgesetz seien in diesem Ausnahmezustand kontraproduktiv. Auch eine Anhebung von der Dieselsteuer auf eine Höhe der Benzinsteuern sei fatal, da die meisten Unternehmen diese Fahrzeuge als PKW, LKW und Nutzfahrzeuge im Fuhrpark vorhalten.

Die FDP-Regionsfraktion unterstützt diese Forderungen des Liberalen Mittelstandes Niedersachsen (LIM):

1. Keine zusätzlichen Auflagen wie z.B. Weiterbildungsmaßnahmen während einer Kurzarbeit.
2. Keine weiteren Steuererhöhungen wie beispielsweise die Dieselsteuer.
3. Keine Arbeitsplatzauflagen beim Home-Office.
4. Die Anpassung der Steuervorauszahlung, basierend auf den Berechnungsjahren 20017/2018, auf die Ausfälle des Jahres 2020 soll sofort vorgenommen werden.
5. Eine Unterstützung für kleine und mittelständische Betriebe sowie Startups soll unverzüglich und unbürokratisch umgesetzt werden, um Zahlungsschwierigkeiten vorzubeugen, die zu Konkursen führen können.

Die FDP-Regionsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Region Hannover kürzlich diverse Informations- und Unterstützungsangebote an die Wirtschaft in der Region zu Fragen der Kurzarbeit und zur Liquidität, zu Hilfs- und Förderprogrammen, zum Schutzschild der Bundesregierung, zu Landesbürgschaften und weiteren Hilfsprogrammen in der jetzigen Corona-Krise avisiert hat und unterstützt die diesbezüglichen zusätzlichen Aktivitäten des Wirtschaftsdezernenten der Region Hannover Ulf-Birger Franz mit der Wirtschaftsförderung der Region Hannover. Eine Erstkontaktaufnahme ist möglich unter den E-Mail-Adressen wirtschaftsfoerderung@region-hannover.de für den Zuständigkeitsbereich der Region Hannover in den 20 Städten und Gemeinden im Umland Hannovers und für den Zuständigkeitsbereich der Landeshauptstadt Hannover unter wirtschaftsfoerderung@hannover-stadt.de .

Die FDP-Regionsfraktion schließt sich den folgenden Forderungen der FDP Niedersachsen an:

1. Einrichtung einer gemeinsamen Beratung (Task Force) für Unterstützungsleistungen bei Land, NBank, IHK, Handwerkskammer, Bundesagentur für Arbeit und DEHOGA.
2. Eine gemeinsame Hotline und ein Onlineportal zur Beratung und schnellen Beantragung von Hilfen zur Lohnfortzahlung und Quarantäneerstattung.
3. Ein gemeinsames Bürgschaftsprogramm durch NBank und NBB für betroffene Unternehmen: Besonders wichtig sind Bürgschaftsdauer, vereinfachte Nachweise und Bonitätsprüfung sowie eine verkürzte Bearbeitungsdauer.
4. Einen Stabilitätsrat/Eine Expertengruppe, das/die der Landesregierung weitere Maßnahmen empfiehlt – bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, des Handwerks, seitens des Tourismus sowie von Banken und der Bundesagentur für Arbeit.

5. Die sofortige Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate bei Übernahme der Sozialabgaben für 12 Monate (Kurzarbeitergeld Null).
6. Bei Unternehmen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor dem Ausbruch des Corona-Virus bereits in Kurzarbeit waren, wird die bisherige Dauer der Kurzarbeit nicht angerechnet.
7. Die Einführung der degressiven AfA als Wachstumsimpuls aus der Krise.
8. Die Senkung der Stromsteuer für eine schnelle und unbürokratische Entlastung von Unternehmen.
9. Beschleunigte Investitionen durch gesetzliche Planfeststellungsbeschlüsse anstelle von Verwaltungsverfahren.
10. Eine Aufstockung der Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht um 50 Mitarbeiter für schnellere Genehmigungen.
11. Eine Entlastung von Unternehmen durch den Wegfall der Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen.

Um einen Beitrag zur Bereitstellung der aktuellsten Informationen für von der Corona-Krise betroffene Selbständige, Unternehmen und hier insbesondere KMU zu leisten, anbei ein Link zu den aktuellsten Forderungen der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag mit einer Übersicht zu Hilfen und Kontaktadressen:

<https://www.fdp-fraktion-nds.de/hilfen-fuer-selbstaendige-und-unternehmen-in-der-corona-krise/>

Die FDP-Regionsfraktion lehnt die neue Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westufer Steinhuder Meer" ab und setzt sich für mehr Freiräume für Naherholung, Sportnutzung und Fischerei ein:



Die FDP-Fraktion Region Hannover hat den Entwurf der neuen Verordnung über das Naturschutzgebiet "Westufer Steinhuder Meer" (NSG-HA 60) abgelehnt, der im Umweltausschuss der Region Hannover am 10.03.2020 erstmals beraten wurde. Wesentlicher Grund für die Ablehnung war die vorgeschlagene Erweiterung des Naturschutzgebietes auf der Wasserfläche des Steinhuder Meeres.

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Daniel Farnung, zugleich Vorsitzender des FDP-Stadtverbandes Wunstorf, kritisierte, dass die von den Städten Neustadt am Rübenberge und Wunstorf im Beteiligungsverfahren schriftlich eingereichten Gedanken, Anregungen und Forderungen in der Verordnung so gut wie keine Berücksichtigung gefunden haben. Diese Einwände der beiden Städte Neustadt und Wunstorf richteten sich vor allem gegen die Erweiterung des Naturschutzgebietes auf der Wasserfläche und die damit zusammenhängende Beeinträchtigung bei der Nutzung des Meeres für die Wassersportler und Fischereibetriebe und thematisierten des Weiteren die dringend erforderliche Entschlammung des Meeres. Die FDP-Regionsfraktion forderte in ihrem zur Behandlung im Umweltausschuss am 10.03.2020 eingereichten Änderungsantrag, den vorgebrachten Anregungen dieser beiden Städte zur Änderung der neuen Verordnung zu folgen und die geplante Erweiterung des Naturschutzgebietes auf der Wasserfläche des Steinhuder Meeres im Bereich des West-Ufers nicht umzusetzen.

Antrag: <http://regions-sitzungsinfo.hannit.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1007262#searchword>

„Das Steinhuder Meer ist ein herausragender touristischer Standort mit überregionaler Bedeutung und Wirkung in Norddeutschland. Neben dem unbestritten hohen Wert der Meerregion im Bereich des Naturschutzes und der Regionalen Naherholung müssen daher auch die vor Ort vorhandenen Tourismus- und Freizeitangebote zu ihrem Recht kommen“, forderte der umweltpolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Daniel Farnung.

Farnung verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass mit dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2016 der Region Hannover in Kapitel 3.2.5./„Erholung und Tourismus“ beschlossen wurde, dass es im Bereich des Steinhuder Meeres Freiräume für die Erholungs- und Sportnutzung geben müsse. In Bezug auf die Bedeutung des nicht-motorisierten Wassersports – insbesondere Segeln, Surfen, Kitesurfen und Kanufahren - müsse ein fairer Abgleich mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege gesichert werden. „Diese Beschlüsse können nicht hintenherum einkassiert werden, indem jetzt dem Naturschutz ein deutlich erhöhter Vorrang eingeräumt werden soll“, so Farnung. Im Umweltausschuss der Region thematisierte Farnung auch die Frage, wie mit dem durch die Verordnung auf nur noch 800 Meter zurückgehenden Abstand der Insel Wilhelmstein zum Naturschutzgebiet die geplante touristische Aufwertung der Insel festung umgesetzt werden soll, auf die sich die Region Hannover mit dem Land Niedersachsen, der Steinhuder Meer Tourismus GmbH, der Hofkammer Schaumburg-Lippe und den Landkreisen Nienburg und Schaumburg im vergangenen Jahr verständigt hatte. Die FDP-Regionsfraktion befürchtet, dass die zwischen diesen Partnern verabredete Kooperationsvereinbarung bei Zustimmung zur Neufassung der Verordnung gefährdet sein könnte. Die FDP-Regionsfraktion fordert wie auch die FDP-Landtagsfraktion, dass neben dem Erhalt der Erwerbsfischerei auch der Erhalt der Attraktivität der Sportfischerei am Steinhuder Meer gewährleistet bleiben muss. Gemeinsam mit dem Land Niedersachsen als Eigentümer des Steinhuder Meeres muss die Region Hannover darüber hinaus das Thema der Entschlammung weiter ganz oben auf der Agenda haben.

„Die Schlammproblematik muss aus unserer Sicht neu analysiert und das bisherige Verfahren kritisch überprüft werden. Das Volumen der durchschnittlichen jährlichen Entschlammung reicht nicht aus, um der erklärten Sicherung des Freizeit- und Erholungswertes des überregional bedeutsamen Ausflugsziels gerecht zu werden. Dies wird aber bei der Ausweitung des Naturschutzes auf dem Wasser viel zu wenig berücksichtigt“, schloss Farnung.



CORONA-KRISE

**SOLIDARITÄTSFONDS
DER FUSSBALLPROFIS
FÜR VEREINE**

Der sportpolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Daniel Farnung fordert die Einrichtung eines Solidaritätsfonds der Fußballprofis für Vereine:

Angesichts der finanziellen Probleme, die viele Fußballclubs durch die lange Spielpause zu erwarten haben, unterbreitet der sportpolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Daniel Farnung den Vorschlag, dass die Fußballprofis einen Teil ihres Gehalts in einen "Solidaritätsfonds für notleidende Fußballvereine" abgeben, der von der Deutschen Fußball Liga (DFL) verwaltet und eingesetzt wird.

In Anbetracht der finanziellen Probleme, die zahlreichen Profi-Fußballvereinen der 1. Und 2. Liga durch die Spielzeitpause drohen, appelliert Farnung an die Solidarität der Fußballprofis: Jeder Spieler solle einen Teil seines Gehalts in einen Solidaritätsfonds für Profi-Fußballvereine abgeben, der von der Deutschen Fußball Liga DFL verwaltet und eingesetzt wird.

„Angesichts der zum Teil existenzbedrohenden Lage, in die viele Profifußballvereine in der 1. und 2. Liga durch die Spielausfälle durch die Corona-Krise zu geraten drohen, wäre es ein besonderer Akt der Solidarität, wenn die gut verdienenden Fußballprofis den Vereinen, denen sie letztendlich ihre Karriere und die damit verbundenen Einkünfte verdanken, in der jetzigen Notlage finanziell beispringen“, erklärte Farnung.

Nach Auskunft des Geschäftsführers der DFL, Christian Seifert, droht vielen Clubs ein Existenzkampf, da nicht sicher ist, wann die zwei Profiligen wieder ihren Spielbetrieb aufnehmen. 56.000 Arbeitsplätze hängen alleine am Betrieb der 1. und 2. Bundesliga - ohne Berücksichtigung der Profifußballer. Während es für die meisten Spieler angesichts ihrer zum Teil sehr guten Gehälter in Millionenhöhe einfach sein dürfte, die fußballlose Zeit zu überbrücken, gilt für viele Angestellte der Fußballclubs Kurzarbeit oder droht sogar die Kündigung. Vielen Profis wäre es sicher finanziell ein leichtes, in dieser schwierigen Lage etwas von Ihren guten Gehältern abzugeben, so Farnung. Ein möglicher Realisierungsvorschlag sei, dass Spieler der 1. und 2. Bundesliga 10 Prozent Ihres Jahresgehalts in diesen Fonds einzahlen. Eine andere Möglichkeit wäre es auch, dass auf freiwilliger Basis Spieler mit einem Jahresgehalt von 250.000 Euro ein Monatsgehalt, Spieler mit einem Jahresgehalt von 500.000 Euro zwei Monatsgehälter, Spieler mit einem Jahresgehalt von einer Million Euro drei Monatsgehälter, mit 2 Millionen Euro sechs Monatsgehälter u.s.w. einzahlen. Die Abgaben müssten dann von den Finanzämtern steuermindernd berücksichtigt werden.

„In diesen außergewöhnlichen Zeiten ist viel von Solidarität und Gemeinsinn die Rede, und jeder sollte in dieser schwierigen Lage einen Beitrag leisten. Selbst wenn der Spielbetrieb mittelfristig wieder aufgenommen werden sollte, werden die Partien sicher vor leeren Rängen stattfinden. Ob alle Klubs der 1. und 2. Liga die Corona-Krise überleben werden, kann die DFL nicht garantieren. Die Fußballprofis sollten daher ein Zeichen setzen und ihren Teil zur Bewältigung der Existenzkrise der Vereine - ihrer Vereine - leisten. Ohne die Fußballclubs können schlussendlich auch keine Spielergehälter mehr gezahlt werden“, so Farnung.



Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion Region Hannover Gerhard Kier, zugleich Mitglied im Seniorenbeirat Hannover, begrüßt, dass die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO e.V.) für die Durchführung des 13. Deutschen Seniorentages 2021 in Hannover eine finanzielle Unterstützung der Region Hannover erhält:

Die FDP-Fraktion unterstützt eine Bereitstellung von Projektfördermitteln als Zuwendung für die Durchführung der Veranstaltung im Jahr 2021 in Höhe von 50.000 €. Diese sollen hälftig in den Jahren 2020 und 2021 ausgezahlt werden.

Nach Auffassung der FDP-Regionsfraktion sollte die Region Hannover prüfen, ob sie einen eigenen Informationsstand im Rahmen dieser Veranstaltung stellt. Als kommunale Aufgabenträgerin für die Altenhilfe, Hilfe zur Pflege und regionale Seniorenarbeit hat die Region umfangreiche Zuständigkeiten in diesem immer wichtigeren politischen Themenfeld. Inhaltlicher Schwerpunkt der für das nächste Jahr geplanten Veranstaltung, die vom 16.-18.06.2021 in Hannover stattfinden soll, soll das Thema „Lebensqualität und Älterwerden vor Ort“ sein. Wichtige zu behandelnde Aspekte auf diesem 13. Deutschen Seniorentag sind das „Älterwerden im ländlichen Raum“, „Digitalisierung und Teilhabe älterer Menschen“, „soziale Sicherheit im Alter“ und „Gesundheit und Pflege“.

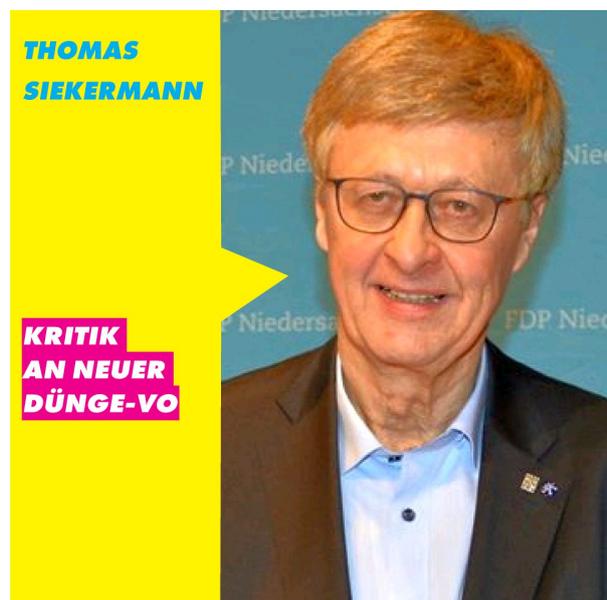
„Im Kontext mit den Herausforderungen des demografischen Wandels mit einer stetig älter werdenden Gesellschaft kann die Region Hannover einen wichtigen inhaltlichen Beitrag leisten, wenn es darum geht darzustellen, wie das Herstellen von vergleichbaren Lebensstandards und Lebensqualität in der Region Hannover gelingen kann“, erklärte Kier. Hierbei seien die unterschiedlichen Herausforderungen in einer Großstadt - der Landeshauptstadt Hannover einerseits und den 21 Städten und Gemeinden mit ihren teils kleineren und sehr ländlich gelegenen Ortschaften im Umland andererseits - umfassend zu berücksichtigen.

Kier verwies auf die Arbeit des Seniorenbeirats Hannover, der sich im Rahmen seiner 9. Delegierten-Versammlung mit dem Schwerpunkt Digitalisierung befasst hatte. Ein Vortrag des Leiters der Geschäftsstelle für die Altersberichte der Bundesregierung vom Deutschen Zentrum für Altersfragen Herrn Dr. Frank Berner machte deutlich, dass eine gesellschaftliche Debatte über das Thema „Alter und Digitalisierung“ politisch in den Fokus gerückt werden muss. Die Digitalisierung werde sich künftig gerade auch im Alter auf zahlreiche Lebensbereiche erstrecken - zum Beispiel auf die pflegerische und gesundheitliche Versorgung, Wohnen, Mobilität und soziale Integration.

Gleichzeitig gehen mit den Chancen der Digitalisierung im Alter auch neue ethische Fragestellungen einher, unter anderen folgende:

- Wie ist ein fairer Abgleich zwischen dem Nutzen digitaler Technik auf der einen Seite mit den Vorzügen der menschlichen Interaktion auf der anderen Seite möglich?
- Welche Entscheidungen können delegiert werden und wie stellt sich Verantwortungsübernahme künftig dar?

Die FDP-Regionsfraktion kritisiert die schnelle Verabschiedung der neuen Düng-Verordnung im Bundesrat. Im Kontext der Corona-Krise sieht die FDP-Regionsfraktion weiteren Beratungsbedarf im Sinne einer für die Landwirtschaft tragfähigen Kompromisslösung.



Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Regionsfraktion Thomas Siekermann, zugleich stellvertretender Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Region Hannover, bewertet die von Bund und Ländern kürzlich im Bundesrat verabschiedete neue Düng-Verordnung als nicht zielführend im Sinne eines für die Landwirtschaft in der Region Hannover und in Niedersachsen tragfähigen Kompromisses.

„Auch die FDP-Regionsfraktion hat sich das Thema „Zukünftige Herausforderungen in der Landwirtschaft“ als eines der wesentlichen

Schwerpunkthemen im Jahr 2020 auf die Fahnen geschrieben. Sie plant, im Herbst/Winter dieses Jahres oder Anfang 2021 eine Fachtagung zu diesem Themenkomplex auszurichten“, so Siekermann.

Bei der jetzt im Bundesrat verabschiedeten Fassung der neuen Dünge-Verordnung ist vorgesehen, dass die entsprechende Verwaltungsvorschrift, die sich mit der Methodik der Umsetzung befasst, aufgrund der Corona-Krise erst zum 1. Januar 2021 vorgelegt und umgesetzt sein muss. Die FDP-Regionsfraktion teilt die Auffassung der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, dass der ursprünglich geplante Zeitrahmen ohnehin sehr knapp geworden wäre. Insbesondere vor dem Hintergrund des im Bundesrat getroffenen Kompromisses, der eine Ausweisung und Binnendifferenzierung der sogenannten „Roten Bereiche“ in Hinsicht auf den Nitrateintrag beinhaltet, rechnet die FDP-Regionsfraktion mit einem zusätzlichen erheblichen Zeitdruck für die Bundesländer aufgrund dieser komplexen Aufgabe. Diese basiert auf einem am Verursacherprinzip orientierten, emissionsbasierten Ansatz der vorzunehmenden Binnendifferenzierung in den betroffenen Grundwasserkörpern. Aus Sicht der FDP-Regionsfraktion hätte überdies besser berücksichtigt werden müssen, dass die bisherigen Maßnahmen zum Grundwasserschutz schon eine erhebliche Verbesserung der Situation zur Folge gehabt haben.

„Die Wirtschaft in Bund, Land und Region befindet sich derzeit aufgrund der Corona-Krise und der getroffenen Entscheidungen zum Herunterfahren der Wirtschaftsleistung in einer Art Notbetrieb. Vor dem Hintergrund der aktuellen Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Ernte ist die Landwirtschaft vor erhebliche Herausforderungen gestellt, ihrem Auftrag der Herstellung der Versorgungssicherheit vollständig und angemessen gerecht zu werden“, betont Siekermann.

Durch die nun ohne eigentliche Zeitnot durch den Bundesrat gebrachte und bis zuletzt sehr umstrittene neue Dünge-VO würde der heimischen Landwirtschaft in der Folge insbesondere die Erzeugung von Brotgetreide, aber auch insgesamt die Erzeugung und der Absatz regionaler landwirtschaftlicher Produkte erschwert. Überdiese sei in der aktuellen Corona-Krise nicht absehbar, ob rechtzeitig ausreichend Personal aufgrund des Mangels an sonst in jedem Wirtschaftsjahr bereitstehenden Erntehelfern aus anderen EU-Ländern zur Verfügung steht. Der Landwirtschaft würden ohne die kürzlich getroffene Entscheidung von Bundesinnenministerium und Bundeslandwirtschaftsministerium zur Auflockerung der Reisebeschränkungen für diesen Bereich sonst bis zu rund 300.000 Saisonarbeitskräfte fehlen.

Die FDP-Regionsfraktion befürchtet wie die FDP-Landtagsfraktion, dass durch die neue Dünge-VO zahlreiche Landwirte in wirtschaftliche Not geraten. Wichtig bei der Ausgestaltung der neuen Dünge-VO sei, dass alle Beteiligten aus Landwirtschaft, Politik, Umweltverbänden und weiteren Interessensvertretungen eine große Dialogbereitschaft bei der Ausgestaltung der Dünge-VO zeigten. Die FDP-Regionsfraktion hofft, dass diese nicht durch die jetzt im Bundesrat verabschiedete Fassung der Dünge-VO gefährdet ist. Eine wissenschaftliche Begleitung der Umsetzung der Dünge-VO und das Fachwissen und die Erfahrungen der Landwirte im Bereich des Umweltschutzes müssten besser berücksichtigt werden. Aus Sicht der FDP-Regionsfraktion, so Siekermann, müssen bundesweit einheitliche Kriterien für die Messung von Nitratwerten gelten. Landwirte bräuchten Planungssicherheit für investive Maßnahmen, um insbesondere den hohen Ansprüchen an mehr Tierwohl gerecht zu werden. Siekermann begrüßt das von 23 Landvolkkreisverbänden in Niedersachsen gemeinsam mit der Landesgeschäftsstelle des Landvolks in Auftrag gegebene, jetzt vorliegende Fachgutachten des Büros Hydor Consult mit Sitz in Berlin, das die Kritik des Landvolks am Messstellennetz bestärkt. Demgemäß soll fast jede zweite Messstelle gravierende Mängel aufweisen. Die FDP-Regionsfraktion hofft, dass dieses Fachgutachten genügend Argumente liefert für eine erneute Änderung der Dünge-Verordnung.

+++Info über Veranstaltungsverlegung++

Informations- und Diskussionsveranstaltung der FDP-Fraktion Region Hannover zum Thema „Zukunft der Landwirtschaft in der Region Hannover“ am Mittwoch, 26.05.2020, 17:30 Uhr: Diese Veranstaltung im Gasthaus Küker in Wunstorf-Großenheidorn wird aufgrund der Corona-Krise auf Ende 2020 oder auf das Frühjahr 2021 verlegt. - Eine Info über den neuen Termin folgt!

Mehrmonatiges Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2020 der Region Hannover offiziell eingeleitet: Nach entsprechendem Beschluss der Regionsversammlung in ihrer Sitzung am 03.03.2020 können nun Bürgerinnen und Bürger, Interessensverbände sowie Städte und Gemeinden in der Region Hannover ihre Anregungen und Bedenken zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2020 der Region Hannover einbringen.



Die FDP-Regionsfraktion hat und wird sich in diesem Prozess intensiv und aktiv mit eigenen Vorschlägen zum Nahverkehrsplan 2020 und zu den jährlich zu beschließenden Fahrplanmaßnahmen einbringen. So forderte die FDP-Regionsfraktion, dass das im Februar 2020 eingebrachte **10-Punkte-Programm der Region zur „Verkehrswende“** im Entwurf des Nahverkehrsplans 2020 eingearbeitet wird. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen. Damit wird gewährleistet, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Organisationen sich auch hierzu im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2020 der Region Hannover äußern können. Die Regionspolitik soll zeitnah in die Entscheidungsfindung eingebunden werden.

Angebotsausweitungen oder -abbestellungen von Verkehrsleistungen können teils auch kurzfristiger unterjährig zum Fahrplanwechsel im Dezember eines jeden Jahres erfolgen. Die FDP-Regionsfraktion setzt sich hier regelmäßig für die Optimierung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum verstärkt ein. Eine weitere wesentliche Forderung war, dass die JugendNetzCard mit Nutzungsberechtigung für pauschal alle Jugendlichen und junge Menschen bis einschließlich 23 Jahren eingeführt werden sollte. Hiermit soll ein stärkerer Anreiz für junge Menschen gesetzt werden, den ÖPNV zu nutzen und auch möglichst zahlreich dabei zu bleiben, wenn sie älter werden und ins Berufsleben einsteigen. Über die Vereinfachung der Bezugsberechtigung mit einer pauschalen Altersregelung kann überdies der Bürokratieaufwand deutlich reduziert werden.

„Statistiken zeigen auf, dass zum Zeitpunkt des Berufseinstiegs etliche junge Menschen vom ÖPNV auf den PKW umsteigen, sodass diese Zielgruppe über attraktive Preise, angemessene Taktfolgen, guten Service sowie optimierte Sicherheits- und Hygienemaßnahmen im ÖPNV gehalten werden soll. Über die Vereinfachung der Bezugsberechtigung mit einer pauschalen Altersregelung kann überdies der Bürokratieaufwand deutlich reduziert werden“, betonte Kier. „Auch für die Steigerung der Attraktivität der Angebote für Senioren machen wir uns stark: So haben wir wiederholt gefordert, dass die Prüfung der Einführung einer GVH-SparKarte für Seniorinnen und Senioren ab dem 60. Lebensjahr geprüft werden soll, und wir begrüßen, dass die Seniorenpartner-Karte eingeführt wird. Ebenso setzen wir uns erneut für die Einführung eines Kurzstreckentickets im Bereich des S-Bahn-Angebots im GVH-Gebiet ein“, erläuterte der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Regionsfraktion Gerhard Kier abschließend.

Die FDP-Fraktion Region Hannover hat sich am 20.02.2020 im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Zukunft des ÖPNV - Nahverkehrsplan 2020 der Region Hannover“ mit ihren Gästen aus den 21 Städten und Gemeinden der Region Hannover und der Stadt Hannover insbesondere mit Fragen zur Angebotsentwicklung im ländlichen Raum sowie mit dem Ausbau des Stadtbahn- und S-Bahnnetzes sowie dem dafür nötigen Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur auseinandergesetzt.



NAHVERKEHRSPLAN

Mit Experten aus dem Fachbereich Verkehr der Region Hannover – dem Leiter des Fachbereichs Verkehr Conrad Vinken, dem Leiter des Teams Verkehrsentwicklung und -management Klaus Geschwinder sowie dem Geschäftsführer der Großraum Verkehr Hannover (GVH) GmbH Ulf Mattern diskutierte die FDP-Fraktion mit ihren Gästen Schwerpunkte des Nahverkehrsplans 2020 der Region Hannover, mit dem Ziele und Maßnahmen für einen Zeitraum von fünf Jahren festgeschrieben werden. Conrad Vinken und Klaus Geschwinder erläuterten wesentliche Vorhaben des Nahverkehrsplans, darunter zum Beispiel den Ausbau des Stadtbahnnetzes nach Hemmingen, nach Garbsen-Mitte und nach Langenhagen-Pferderennbahn, den Neubau und

die Erweiterung von P+R- und B+R-Anlagen, den Ausbau der Barrierefreiheit von Haltestellen und das neue Angebot der SprintH-Linien mit schnellen Busverbindungen vom Umland in die Stadt Hannover. Auch der Test von On-Demand-Angeboten im ländlichen Raum mit der bedarfsweisen Bestellung von Fahrzeugen im Zuge von zweijährigen Pilot-Projekten in Kooperation mit dem international in diesem Geschäftsfeld agierenden Unternehmen ViaVan in der Wedemark, in Sehnde und in Barsinghausen wurde ausdrücklich begrüßt und weitere Ausweitungen gefordert. Mit dem Geschäftsführer der GVH GmbH Ulf Mattern diskutierten die Tagungsteilnehmer Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerungen des ÖPNV wie Verständlichkeit und Transparenz der Angebote im Rahmen der kürzlich umgesetzten Tarifstrukturreform und neue Preisanreize durch die Einführung einer von der FDP-Regionsfraktion schon lange geforderten Partnerkarte sowie der deutlich günstigeren Seniorenmonatskarte. Gegenstand der Fachtagung war darüber hinaus das am 18.02.2020 im Verkehrsausschuss der Region Hannover neu eingebrachte 10-Punkte-Programm „Verkehrswende“. In Planung sind Maßnahmen zur Beschleunigung des Prozesses der Verkehrswende, die unabhängig vom Nahverkehrsplan teils auch kurzfristig in Angriff genommen werden können.

Hierzu zählen Verlängerungen und Taktverbesserungen bei Buslinien. Wichtigste Maßnahmen dieses 10-Punkte-Programms „Verkehrswende“ sind die Sanierung und Kapazitätserweiterung des Hauptbahnhofs Hannover mit dem Ausbau von zusätzlichen Gleisen 15 und 16, Ausbau der P+R-Anlagen in einigen Regionskommunen unter Sicherstellung einer optimalen Auslastung durch die Verknüpfung mit Navigierungs-Apps, der Test von Wasserstoffbussen durch die regiobus GmbH und die üstra AG und nach erfolgreicher Testung die Beschaffung entsprechender Fahrzeuge sowie neue S-Bahn-Stationen als Verknüpfungspunkte am Döhrener Turm in Hannover-Waldhausen, in Laatzen-Mitte und in Springe mit einem neuen Haltepunkt „Deisterpforte“, dessen Wirtschaftlichkeit gerade untersucht wird.



Die FDP-Regionsfraktion, darunter auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Nagel aus Springe, hat sich dafür ausgesprochen, dass die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit eines zusätzlichen Haltepunktes „Deisterpforte“ näher untersucht wird. Die FDP-Fraktion befürwortet grundsätzlich eine Realisierung dieses Vorhabens, das vielen Springer Bürgerinnen und Bürgern im Südwesten der Kernstadt einen schnelleren Zugang zum S-Bahn-Angebot ermöglichen würde, ohne erst die Innenstadt durchqueren zu müssen.

Der Springer Bürgermeister Christian Springfeld (FDP) appellierte im Rahmen dieser Fachtagung der FDP-Regionsfraktion an die Regionsvertreter, die Stadt Springe in ihrem Anliegen zu unterstützen, dass schnellstmöglich geeignete Übergangs-Lösungen für die derzeit laut der verantwortlichen Deutschen Bahn noch bis zum September dieses Jahres in Reparatur befindlichen Aufzüge am S-Bahnhof Springe zwischen der Region Hannover und der Stadt Springe erarbeitet werden.

„Im betreffenden Einzugsgebiet in Springe mit rund 13.000 Menschen ist für einen Zeitraum von fast einem Jahr ein barrierefreier Zugang zu den Gleisen am Bahnhof Springe nicht möglich. Hier muss zügig Abhilfe geschaffen werden, um Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine Nutzung des ÖPNVs zu ermöglichen“, forderte Bürgermeister Springfeld. Der Leiter des Fachbereichs Verkehr der Region Hannover Conrad Vinken sicherte zu, Alternativen zu prüfen und gemeinsam nach geeigneten Lösungen zu suchen, zum Beispiel durch einen Shuttle-Service zur nächstgelegenen S-Bahn-Station in Fahrtrichtung nach Hannover in Völksen.



Das offizielle Beteiligungsverfahren zum Entwurf des Nahverkehrsplans 2020 der Region Hannover wurde in der Regionsversammlung am 03.03.2020 eingeleitet. Eine entsprechende Empfehlung hierzu hat der Verkehrsausschuss der Region Hannover am 18.02.2020 bereits einstimmig ausgesprochen. In dem mehrmonatigen Beteiligungsprozess können Bürgerinnen und Bürger, Interessensverbände sowie Städte und Gemeinden in der Region Hannover ihre Anregungen und Bedenken zum Entwurf einbringen.

Die FDP-Regionsfraktion wird sich in diesem Prozess intensiv und aktiv mit eigenen Vorschlägen zum Nahverkehrsplan 2020 und zu den jährlich zu beschließenden Fahrplanmaßnahmen einbringen. Angebotsausweitungen oder -abbestellungen von Verkehrsleistungen können teils auch unterjährig zum Fahrplanwechsel im Dezember eines jeden Jahres erfolgen. Die FDP-Regionsfraktion wird sich insbesondere für die Optimierung des ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum verstärkt einsetzen.

+++Die FDP-Fraktion Region Hannover wünscht Ihnen frohe und entspannte Osterfeiertage!
Trotzen Sie der Corona-Krise und bleiben Sie bitte gesund! +++